



## Antrag

der Abgeordneten **Martina Fehlner, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Doris Rauscher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

### Situation in bayerischen Tierheimen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die gegenwärtige Situation der Tierheime in Bayern zu berichten.

Dabei soll insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden:

- die aktuelle Auslastungssituation der bayerischen Einrichtungen
- die Problematik beschlagnahmter Tiere aus illegalem Handel (z. B. Anteil dieser Tiere an der Gesamtanzahl in den verschiedenen Einrichtungen, Art der Tiere, Entwicklung des illegalen Handels)
- die aktuelle finanzielle Situation der bayerischen Tierheime
- die bisherige Resonanz auf das ausgeweitete staatliche Förderprogramm für Tierheime (mit Zahl der bis zum 30.04.2023 eingereichten Anträge, Stand der Bearbeitung)
- die Frage, ob eine Sonderförderung zur Digitalisierung der Tierheime nach dem Vorbild des Landes Niedersachsen sinnvoll wäre, um Tiere mit Hilfe einer besseren digitalen Vernetzung schneller und zielgerichteter vermitteln zu können
- die Frage, welche weiteren Maßnahmen zur Entlastung der Tierheime beitragen könnten (z. B. punktuelle Sonderförderung zur Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten von beschlagnahmten Tieren aus illegalem Handel, Förderung des ehrenamtlichen Engagements)

Mögliche weitere Lösungsansätze auf staatlicher, wie auch auf kommunaler Ebene, um langfristig eine ausreichende Finanzierung der bayerischen Tierheime sicherzustellen (z. B. auch Vorschläge zur Erhöhung und Angleichung der Fundtierpauschalen oder den Vorschlag des Deutschen Tierschutzbundes, Tierheime an den Einnahmen aus der Hundesteuer zu beteiligen).

### Begründung:

Die Herausforderungen für die bayerischen Tierheime sind zuletzt erheblich gestiegen. Auf die Coronapandemie und dem damit verbundenen Einbruch der Spendenbereitschaft und des ehrenamtlichen Engagements, folgte eine Abgabewelle von Tieren. Viele Menschen hatten sich in der Pandemie Haustiere angeschafft, die sie später aus Überforderung wieder abgaben. Eine wachsende Zahl an Tieren, insbesondere der „Corona-Haustiere“ weist Verhaltensauffälligkeiten auf, wodurch diese umso schwerer vermittelbar sind. Eine weitere Abgabewelle wurde durch die Fluchtbewegung infolge

des Angriffskriegs auf die Ukraine ausgelöst. Besondere Herausforderungen sind aber auch gestiegene Futtermittel- und Energiekosten, wie auch die Gebührenerhöhungen tierärztlicher Behandlungen.

Viele Einrichtungen stoßen an den Rand ihrer Kapazitäten und stehen auch finanziell am Limit. Die oft niedrig bemessenen Fundtierpauschalen der Kommunen reichen in der Regel nicht aus, um den laufenden Betrieb zu sichern. Viele Gebäude sind zudem in die Jahre gekommen und bedürfen der Sanierung.

Auch die Staatsregierung steht in der Verantwortung, die Tierheime bei der Erfüllung ihrer wichtigen Tierschutzaufgaben in ausreichendem Maße zu unterstützen. Voraussetzung dafür ist eine umfangreiche Kenntnis über die aktuellen Schwierigkeiten und Bedarfe der Tierheime und ein kontinuierliches Monitoring der bestehenden Förderinstrumente, um deren zielgenaue Wirkung zu überprüfen und ggf. entsprechend anpassen zu können.